

Was Erdoğan's Türkei von Putins Russland unterscheidet

Christoph Ramm (FINO)

Der türkische Staatspräsident Recep Tayyip Erdoğan, sonst eher nicht zurückhaltend in der Formulierung türkischer Machtansprüche in der Region, versucht sich derzeit im Ukraine-Krieg als Friedensstifter zu profilieren. Erdoğan betont die „neutrale“ Position der Türkei und bietet den ukrainisch-russischen Verhandlungen in Istanbul die große Bühne.

Hintergrund der türkischen Vermittlungsbemühungen ist die pure Not: Wladimir Putins Angriffskrieg gegen die Ukraine hat die Türkei in ein schwer aufzulösendes Dilemma gestürzt.

Einerseits unterhält die Türkei gute Beziehungen zur Ukraine, die sie auch militärisch – unter anderem mit Drohnen aus eigener Produktion – unterstützt hat. Die Regierung in Ankara hat die russische Aggression gegen den Nachbarn klar verurteilt und sich als NATO-Mitglied zu den Bündnisverpflichtungen bekannt. Darüber hinaus hat sie den Bosphorus und die Dardanellen gemäss des Vertrags von Montreux für fremde Kriegsschiffe weitgehend gesperrt und lässt keine russischen Flüge über ihren Luftraum nach Syrien mehr zu.

Andererseits hat Präsident Erdoğan in den vergangenen Jahren im Zuge seiner Ambitionen, die Türkei als eigenständige Regionalmacht zu etablieren, immer wieder die Nähe zu Putin gesucht. Zwar schlingert das türkisch-russische Verhältnis zwischen Kooperation und Rivalität (wie etwa in Syrien oder Libyen). Dennoch war Erdoğan's Bemühen offensichtlich, sich durch punktuelle

Zusammenarbeit mit Russland – etwa durch den Ankauf russischer Luftabwehrraketen – vom Westen unabhängiger zu machen und der Türkei machtpolitische Spielräume zu eröffnen. Dazu kommt die grosse Abhängigkeit des Landes von Russland in Bereichen wie Energie, landwirtschaftliche Produkte und Tourismus. Alles Gründe, warum Ankara die westlichen Sanktionen gegen Moskau bislang nicht nachvollzogen hat.

Rechtsnationalistischer Autoritarismus als gemeinsames Politikmodell

Ein weiterer Faktor in der Beziehung zwischen Erdoğan und Putin ist nicht zu unterschätzen: Beide orientieren sich am selben rechtsnationalistisch-autoritären Politikmodell, das oft verharmlosend als Populismus bezeichnet wird und auch in anderen Ländern wie Ungarn oder Polen dominiert. Die Ähnlichkeiten liegen auf der Hand:

Erdoğan wie Putin bedienen sich ideologisch eines reaktionären, religiös aufgeladenen Nationalismus, der nostalgische imperiale Grossmachtfantasien mit einem rückwärtsgewandten, patriarchalisch-queerfeindlichen Gesellschaftsbild verknüpft.

Beide nützen das typische Arsenal des zeitgenössischen Autoritarismus: Die Demontage der Demokratie hin zur absoluten Mehrheits-herrschaft, die Aushöhlung der Regierungspartei in eine Machtmaschine des Präsidenten, die systematische Aufhebung der Gewaltenteilung und der unabhängigen Justiz, die Gleichschaltung der meisten Medien (entweder direkt durch den Staat oder mithilfe von Strohleuten), die kontinuierliche Erhöhung der Repression gegen oppositionelle Politiker:innen, Aktivist:innen und Medienschaffende, die exzessive Verfolgung von Symbolfiguren (wie Osman Kavala in der Türkei oder Alexei Nawalny in Russland).

Nicht zu zuletzt verkörpern der türkische und der russische Präsident den Typus des ego-manen männlichen Staatsführers, der an die eigene Unersetzbarkeit glaubt und der, in seinem Palast nur noch von lauter Ja-Sagern umgeben, zunehmend den Kontakt zur Realität zu verlieren scheint.

Unterschiede in der Aussen- und Wirtschaftspolitik

Bei allen äusserlichen Gemeinsamkeiten in Politikmodell und Herrschaftsstil der beiden Präsidenten: Aus der Nähe betrachtet unterscheiden sich die Türkei und Russland in grundlegenden Punkten.

So ist die Türkei weiterhin NATO-Mitglied und auch sonst in westlichen Institutionen fest eingebunden. Zwar hat Erdoğan im letzten Jahrzehnt an eigenständigen Regionalmachtambitionen gearbeitet, und Tiraden gegen den „Westen“ gehören zu seinem

Standardrepertoire. Dennoch hat er nie die türkische NATO-Mitgliedschaft grundsätzlich in Frage gestellt. Der Widerspruch zwischen lautstarker Polarisierung und stillem Pragmatismus prägt auch die komplexen Beziehungen mit der Europäischen Union. Auch wenn die Beitrittsverhandlungen mit der Türkei de facto eingefroren sind, hat Ankara das Ziel einer EU-Mitgliedschaft nicht einseitig aufgekündigt. Und jenseits des verfahrenen Beitrittsprozesses findet durchaus regelmässige Kooperation zwischen der Türkei und der Europäischen Union statt – nicht nur beim kontroversen „Deal“ mit Brüssel zur Abwehr von Geflüchteten.

Auch die ökonomische Basis des türkischen Modells unterscheidet sich grundlegend von der des russischen Modells. Während die russische Wirtschaftskraft zu grossen Teilen auf Rohstoffexporten basiert, beruhte der wirtschaftliche Aufschwung während der frühen Jahre der Erdoğan-Regierung in den 2000ern vor allem auf dem neoliberalen Umbau der Wirtschaftsstruktur, um die Türkei auf den globalisierten Märkten konkurrenzfähig zu machen und Investitionen aus dem Ausland anzuziehen. Seit einigen Jahren ist dieses Modell in der Krise. Dazu beigetragen haben nicht nur veränderte Rahmenbedingungen der globalen Ökonomie, sondern auch interne Faktoren wie die konjunkturelle Abhängigkeit der türkischen Bauindustrie oder die wachsende Repression und der Abbau des Rechtsstaats. Erdoğan hat die Krise seit einiger Zeit durch seine zunehmend erratische Finanzpolitik noch verschärft.

Verankerung von Pluralismus und Demokratie in der Türkei

Ein fundamentaler Unterschied, der bei oberflächlichen Vergleichen zwischen der Türkei und Russland übersehen wird, sind die völlig anderen gesellschaftlichen und politischen Rahmenbedingungen, unter denen die

Machtsysteme Erdoğan und Putins operieren. In keiner der Wahlen und Abstimmungen seit der Regierungsübernahme 2002 konnten der türkische Präsident und seine Partei AKP mehr als die 52,6 Prozent Stimmenanteil erzielen, mit denen Erdoğan 2018 zum Staats- und Regierungschef gewählt wurde, nachdem er 2017 den Übergang zu einem Präsidentsystem durchgedrückt hatte. Selbst wenn man dieses – durch unfaire Wahlkampfbedingungen verzerrte – Ergebnis zugrunde legt, bedeutet dies, dass (mindestens) fast die Hälfte der türkischen Gesellschaft bis heute in unerbittlicher Gegnerschaft zur AKP und ihrem Anführer stand und steht. Daran hat auch die wachsende Repression gegen die Opposition nichts geändert, sie hat das Feindbild Erdoğan in dieser gesellschaftlichen Hälfte nur vertieft.

Es sind ganz andere Werte als in Russland, wo Wladimir Putins Resultat von „nur“ 63,6 Prozent in der Präsidentschaftswahl 2012 schon als Ausdruck von Unzufriedenheit galt und in der Duma bisher neben der alles dominierenden Kreml-Partei „Einiges Russland“ und handzahmen Formationen wie der kommunistischen Partei wirkliche Oppositionelle kaum repräsentiert waren.

Dazu kommt, dass eine bürgerliche politische Kultur und mithin die Idee von politischem Pluralismus in der türkischen Geschichte viel verankerter ist als in der russischen. Zwar wurden seit der Proklamation der ersten osmanischen Verfassung 1878 pluralistische Experimente immer wieder durch längere autoritäre Herrschaftsperioden (darunter Mustafa Kemal Atatürks Einparteiensystem in der frühen Republik) unterdrückt. Eine bürgerlich-republikanische Ordnung konnte sich jedoch in der Türkei im Gegensatz zum postsowjetischen Russland grundsätzlich etablieren – unter autoritärem Vorbehalt und immer wieder unter Ausschluss bestimmter sozialer Gruppen (z.B. die kurdische Bevölkerung, andere ethnische und

religiöse Minderheiten, islamische Kräfte oder die politische Linke).

Seit der Einführung des Mehrparteiensystems 1945 ist zudem ein demokratisches System in weiten Teilen der türkischen Gesellschaft als Goldstandard akzeptiert – auch wenn die politischen Akteur:innen unter „Demokratie“ mitunter sehr Unterschiedliches verstanden. Selbst die diversen türkischen Militärjuntas stellten den demokratischen Rahmen nie grundsätzlich infrage, sondern versuchten ihn in ihrem Sinne autoritär zu „optimieren“.

Insbesondere nach den traumatischen Erfahrungen des Militärputsches von 1980 sind Staatsstreich mittlerweile in der Türkei von links bis rechts delegitimiert. Erdoğan selbst verdankte seinen Aufstieg nicht zuletzt seinem Versprechen, nach der Erfahrung von Putschen und Parteienverboten die Demokratisierung voranzutreiben – ein Versprechen, dass er mittlerweile ins Gegenteil verkehrt hat. Demokratie hat jedoch weiterhin einen hohen Stellenwert in der Rhetorik des Präsidenten und der AKP. So wurde etwa nach dem Putschversuch 2016, dem massive Repressionswellen folgten, ein neuer türkischer Feiertag namens „Tag der Demokratie und der Nationalen Einheit“ eingeführt.

Die Radikalisierung des russischen Autoritarismus – ein Modell für die Türkei?

Die aktuelle Wirtschaftskrise und Instabilität sorgen für sinkende Zustimmungsraten für den türkischen Präsidenten und seine informelle Koalition aus AKP und rechtsextremer MHP. Darüber hinaus tritt die türkische Opposition ungewohnt geeint auf. Zum ersten Mal umfasst sie alle relevanten Kräfte von der kemalistisch-sozialdemokratischen CHP bis hin zu rechtsliberalen und rechtsreligiösen AKP-Abspaltungen (nur die linke prokurdische Partei HDP bleibt bislang aussen vor).

Gleichzeitig hat der Ukrainekrieg das Politikmodell in Frage gestellt, das Erdoğan mit Putin teilte. Der russische Präsident hat damit begonnen, den rechtsnationalistischen Autoritarismus zu radikalieren. Seit Kriegsbeginn transformiert Putin das autoritäre, sich aber zumindest rhetorisch auf eine demokratische Argumentation stützende postsowjetische System in Riesenschritten in einen aggressiven grossrussischen Imperialismus und eine ultranationalistische Diktatur bar jeder demokratischen Fassade.

Dies wirft die Frage auf, ob es für Türkei ebenfalls die Option einer solchen Radikalisierung geben könnte, falls Erdoğan sein Machtsystem bedroht sieht.

Ein ultranationalistisches rechtes Potenzial wäre in der Türkei jedenfalls vorhanden. Mit der MHP stützt eine Partei die Regierung, die einen aggressiven grosstürkischen Nationalismus propagiert. Rechtsnationale und rechtsreligiöse Terrorgruppen haben in der Türkei eine lange Geschichte, die mit dem „tiefen Staat“ – Netzwerken in den Sicherheitsdiensten - verbunden ist. Und auch die brutale Kriegsführung gegen eine zivile Bevölkerung wurde im jahrzehntelangen Kampf der türkischen Armee gegen die kurdische PKK immer wieder eingesetzt.

Ein Hindernis ist allerdings die beschriebene tiefere Verwurzelung des demokratischen Prinzips in der türkischen Gesellschaft. Es wäre für Erdoğan deutlich schwieriger, in der Türkei ein radikales System jenseits einer zumindest formalen Demokratie zu etablieren. Dies liegt nicht nur an der oppositionellen Hälfte der Bevölkerung, die in ihm schon längst einen Diktator sieht. Auch seiner eigenen Wählerschaft gegenüber hat der türkische Präsident sich immer als Verteidiger der Demokratie inszeniert, die die AKP-Regierung gegen das alte kemalistische Establishment durchgesetzt habe und die es nun gegen

angebliche „Feinde“ und „Terroristen“ zu verteidigen gelte.

Die AKP-Basis hat somit keine Probleme mit der Einschränkung des Pluralismus für derart markierte Gruppen oder Personen, seien sie Journalist:innen, Zivilgesellschaftler:innen, kurdische Politiker:innen oder Anhänger:innen der Gülen-Bewegung. Eine offene Diktatur ohne demokratische Legitimation hätte allerdings eine andere Dimension. Das Erdoğan tragende islamische Bürgertum mag eine konservative oder religiös-reaktionäre Interpretation der bestehenden republikanischen Ordnung wünschen, eine komplette Abschaffung dieser Ordnung dürfte dagegen nicht in ihrem Sinne sein.

Die türkischen Wahlen und die Zukunft Erdoğan's

Erdoğan's Plan ist es, sich nächstes Jahr zum hundertsten Gründungstag der türkischen Republik 1923 als Präsident wiederwählen zu lassen. Damit will er weniger zum neuen „Sultan“ werden, wie manche, teils orientalistisch gefärbte Interpretationen behaupten. Sein Ziel ist es, als von der Mehrheit legitimierter bürgerlicher Führer einer von ihm proklamierten „neuen Türkei“ endgültig aus dem Schatten Atatürks zu treten. Dieser Plan scheint durch Erdoğan's schwindende Popularität nun gefährdet.

Bislang vertritt Erdoğan weiterhin seine Politik der autoritären Kontrolle des auf demokratischen Wahlen basierenden republikanischen Systems – eine Politik, auf die sich schon zahlreiche seiner Vorgänger stützten. Die jüngste Änderung des türkischen Wahlgesetzes, die den Regierungsparteien Vorteile verschaffen soll, bewegt sich im Rahmen der legalen Trickereien früherer Administrationen.

Im Übrigen scheint der türkische Präsident darauf zu hoffen, dass sich die türkische

Wirtschaft bis zu den Wahlen stabilisiert. Und es ihm dann mit Charisma und gleichgeschalteter Medienmacht wieder gelingt, die AKP-Anhängerschaft erfolgreich gegen eine öffentlich wenig sichtbare Opposition zu mobilisieren – ähnlich dem Wahlsieg, den der ungarische Premier Viktor Orban kürzlich eingefahren hat. Erdoğan's Profilierung als Friedensstifter dient in dieser Hinsicht auch dem Zweck, in der türkischen Öffentlichkeit seine Bedeutung als internationaler Staatsmann herauszustreichen, der die Türkei durch die Wirren des Ukraine Konfliktes steuert.

Dies ist keine Garantie, dass Erdoğan nicht doch noch Putins Weg folgt, sollte seine Popularität infolge der wirtschaftlichen Situation weiter schwinden und seine drohende Abwahl das AKP-Machtsystem unmittelbar gefährden. Es bleibt abzuwarten, ob in diesem Fall die etablierte republikanische Ordnung in der Türkei stabil genug ist, einer weiteren Radikalisierung des Autoritarismus erdoğan'scher Prägung etwas entgegenzusetzen.